

Entwurf vom 23.03.2012

Unsere Ziele - Kommunalwahlprogramm 2012

Präambel

Die Piratenpartei steht für die Bewahrung und Gewährleistung von Freiheit und Demokratie. Unter dieser Überschrift versammeln wir ein weites Spektrum einzelner Themenbereiche wie bürgernahe Politik oder die Abschaffung bestehender und Verhinderung neuer Zensur- und Überwachungsmaßnahmen. Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur, die Verteidigung der Bürgerrechte und die Wahrung der Privatsphäre sind die Grundpfeiler für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Diese Fragen müssen auch und gerade auf kommunaler Ebene beantwortet werden. Mit ihrem Programm zur Landratswahl 2012 übertragen die Lahn-Dill-Piraten die allgemeinen Ziele der Piratenpartei auf lokale Bedürfnisse. Bildung, Bürgerbeteiligung, eGovernment, Datenschutz, Privatsphäre, Transparenz und weniger Überwachung sind die Kernthemen und Haupthandlungsfelder der Lahn-Dill-Piraten.

1. Politikstil

Die Piratenpartei steht für einen neuen Politikstil. Wir bieten eine fundierte Sachpolitik, die alle Vor- und Nachteile beleuchtet und präsentiert, jenseits von Ideologien und Parteiproporz. Bei uns nehmen die Menschen mittels Elementen der direkteren Demokratie an den Prozessen und Entscheidungen teil - online und offline. Wir sehen und spüren tagtäglich, dass es keine Politikverdrossenheit gibt, sondern eine Parteienverdrossenheit. Die jeweils regierenden Politiker haben sich von den Bürgern zu weit entfernt. Es wird Klientelpolitik betrieben, den Vorgaben der Lobbyisten und dem Basta der Führungsriege gefolgt. „Bürgerbeteiligung“ beschränkt sich auf das Tragen der Kosten. Wahlversprechen gelten bis zum Wahlabend, bis der Bürger seiner gegebenen Souveränität für die nächsten vier bis fünf Jahre beraubt wird und plötzlich alle Politiker Sieger sind. Verlierer sind die Demokratie und der Wähler. Im Gegensatz hierzu bietet die Piratenpartei eine ehrliche und aufrechte Politik. Dazu gehört es auch, alle Informationen und Fakten transparent und verständlich der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Es gibt selten Entscheidungen, die allen gefallen, darum muss begründet werden, warum welche Punkte schwerer wiegen als andere. Um Bürger und Politik wieder zusammen zu bringen, nutzen wir neben den traditionellen Wegen auch das Internet. Politik muss raus aus den Hinterzimmern der Parteivorstände und -präsidien, nur so kann sie ihrem Ziel gerecht werden und den Willen des Volkes abbilden. Ob es Proteste gegen Bildungsreformen, Bahnhöfe oder Energieversorgung sind: Das politische Interesse und der Gestaltungswille der Bürger ist vorhanden. Sie wollen sich auch zwischen den Wahlen an politischen Entscheidungen beteiligen und nicht nur alle paar Jahre ein Kreuzchen machen.

2. Bürgernähe und politische Transparenz

Die Piratenpartei setzt sich aktiv für die Bürgerrechte im Informationszeitalter ein. Vorhandene Rechte zu wahren und gegen deren immer weiter zunehmende Beschränkung zu stärken ist eines der Kernziele piratiger Politik. Ein wesentlicher Schritt hierzu ist es, dem Bürger mehr Möglichkeiten bei Mitsprache und Entscheidungen zu verschaffen, dadurch seiner Stimme mehr Gehör zu verleihen und so Einfluss auf die Politik zu nehmen. Das zentrale Anliegen der Piratenpartei ist daher die Schaffung des „Gläsernen Staates“ anstelle des „Gläsernen Bürgers“. Ein gläserner Staat ist transparent in seiner Arbeit und dient ausschließlich dem Gemeinwohl der Bürgergemeinschaft. Das bedeutet insbesondere Transparenz statt Lobbyarbeit und geheimer Absprachen, dabei ist der Bürgerwille insgesamt stärker zu ermitteln. Diese „Mitmachpolitik“ soll neben den klassischen Beteiligungsmöglichkeiten (z.B. bei Bürgersprechstunden) parallel auch über das Internet erreicht werden.

Die Lahn-Dill-Piraten stehen für mehr Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger des Lahn-Dill-Kreises. Wir wollen mehr Demokratie auch auf kommunaler Ebene!

3. Bürgerbeteiligung

- **Bürgerhaushalt**

Die Lahn-Dill-Piraten verfolgen das Ziel, Ausgaben von denen kontrollieren zu lassen, denen sie zustehen: Den Mitgliedern der jeweiligen Gemeinschaft. Deshalb setzen wir uns für eine Selbstverpflichtung des Kreistages ein, über die Verwendung der Haushaltsmittel, die dem Kreis für freiwillige Ausgaben zur Verfügung stehen, im Rahmen eines öffentlichen Diskussions- und Entscheidungsprozesses mit allen Bürgern und ihrer Verwaltung zu entscheiden. Als Beispiele für eine solche Umsetzung eines Bürgerhaushaltes stehen der Stadtstaat Hamburg und die Gemeinde Groß-Umstadt, die zeigen, dass auf diese Weise bürgernahe Haushaltspolitik möglich ist. Aktuell ist der Lahn-Dill-Kreis hoch verschuldet. Langfristige (teils über mehrere Jahrzehnte dauernde) Verpflichtungen (z.B. „Private Public Partnerships“) wurden eingegangen, die für die Bürger im Kreis nur schwer nachvollziehbar sind. Der Sinn solcher Maßnahmen wird vor den Bürgern letztlich geheim gehalten, denn in erster Linie dienen sie der Schönung des Haushaltes. Dies muss geändert werden! Die Lahn-Dill-Piraten machen sich dafür stark, dass solche weit reichenden Entscheidungen künftig nur gemeinsam mit den davon betroffenen Bürgern im Lahn-Dill-Kreis getroffen werden können. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist eine rechtzeitige und umfassende Information und Transparenz von Seiten des Kreistags und der Kreisverwaltung.

- **Bürgerbefragungen**

Aktuell findet Politik ohne Berücksichtigung der Bürgermeinung statt. Nicht nur Themen wie „Stuttgart 21“ oder „Verlängerung der Laufzeit für Atomkraftwerke“ zeigen, wie der Bürger als eigentlicher Souverän des Staates von der politischen Willensbildung ausgeschlossen wird. Um die Beteiligung der Bürger zu gewährleisten, muss zu wichtigen Entscheidungen - wie beispielsweise der Frage der Erneuerung des Kreishauses - eine Bürgerbefragung erfolgen und deren Ergebnis in die Entscheidung einfließen. Dies muss insbesondere für PPPs (Public Private Partnerships), Raumordnungsverfahren, Planfeststellungsverfahren und Landschaftsplanung gelten!

- **Bürgeranträge**

Die Piratenpartei ist die Partei der Mitbestimmung. Leider gibt es zur Zeit auf Kreisebene keine Möglichkeit für Bürgerbegehren. Die Piratenpartei setzt sich auf Landesebene dafür ein, dies zu ändern. Es ist den Kreisen allerdings überlassen, diese - freiwillig - zuzulassen. Die Lahn-Dill-Piraten setzen sich dafür ein, dass die Möglichkeiten für Bürgerbegehren und Bürgeranträge im Lahn-Dill-Kreis hierfür geschaffen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bürger des Lahn-Dill-Kreises in Kreissitzungen Anträge über die Verwaltung oder die anderen Fraktionen einreichen können, unabhängig davon, wie wir selbst dazu stehen. Dabei werden wir Qualitätskriterien an solche Anträge stellen: Sie müssen zum einen Pro- und Contra-Argumente abwägen, zum anderen fundiert geschrieben sein. Keinesfalls aber akzeptieren wir Anträge, die die demokratischen Werte in Frage stellen oder sich gegen Minderheiten richten. Hierzu werden wir die Anträge, wenn gewünscht auch namentlich, vorstellen und eine Form der Unterstützungsbekundung anbieten, um eine Gewichtung der Anträge zu ermöglichen.

4. Öffentlichkeit des Kreistages

Der "gläserne Staat" beginnt auf kommunaler Ebene. Und er betrifft allem voran den Ort, an dem Politik im Namen und im Wahlauftrag der Bürger gemacht wird: Das Parlament. Bislang aber sind die Vorgänge im Kreistag mit Ausnahme der eher spärlichen Berichterstattung der Print-Medien für die wenigsten Bürger des Lahn-Dill-Kreises zugänglich. Dies werden die Lahn-Dill-Piraten ändern. Alle Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse müssen für Bild-, Film- und Tonaufnahmen zugänglich sein, um so eine echte und wirksame Kontrollmöglichkeit zu schaffen. Nur so wird Politik nachvollziehbar und für die Menschen verständlich. Die Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung im Sinne der Medienöffentlichkeit begrüßen die Lahn-Dill-Piraten ausdrücklich, da so die erste Hürde einer intransparenten und bürgerfeindlichen Politik gefallen ist. Zudem fordern wir eine Direktübertragung (Livestream/Rathaus-TV) der Kreistagssitzungen im Internet. Die hierbei entstehenden geringen Kosten werden durch die Vorteile höherer Transparenz und Akzeptanz der Politik aufgewogen. Ebenso führen beobachtete Sitzungen zu bewussteren Entscheidungen des Kreistages. Sitzungsprotokolle bzw. Niederschriften der Kreistagssitzungen müssen an prominenter

Stelle in einem ordentlichen Ratsinformationssystem verlinkt werden, sodass sie für jeden schnell auffindbar sind.

Die neue Medienöffentlichkeit ist aber nur eine Seite des Dualismus aus Transparenz und Bürgerbeteiligung. Ein weiterer Baustein ist die Plattform Abgeordnetenwatch, um an zentraler Stelle Rückfragen und Dialoge mit der Kreispolitik zu ermöglichen.

Darüber hinaus etabliert sich in den letzten Jahren der Begriff Open Government.

Behörden erheben in großem Umfang für den täglichen Verwaltungsbetrieb benötigte Daten, was teilweise mit hohen Kosten verbunden ist. Hierbei handelt es sich zum Beispiel um Kartendaten, Statistiken und ähnliche Erhebungen. Obwohl dieses Material vom Steuerzahler finanziert wurde, wird es dem Bürger nur in den seltensten Fällen kostenfrei und oftmals gar nicht zur Verfügung gestellt.

Immer mehr Länder und Institutionen, wie die USA, Großbritannien oder die EU setzen daher auf OpenData. OpenData steht für die Bereitstellung aller nicht personenbezogenen Daten. Diese Daten werden der Öffentlichkeit kostenlos zur Verfügung gestellt. Es bleibt somit dem einzelnen Bürger überlassen, ob und wie er diese Daten nutzen will. Dies fördert nicht nur die Transparenz der Verwaltung, sondern ermöglicht auch innovativen Start-Ups, also neu gegründeten Unternehmen, diese zu nutzen und innovative Produkte auf deren Grundlage zu entwickeln. Mittelfristig führt dies zu einer Belebung der kommunalen Wirtschaft und unter Umständen sogar zu einer Amortisierung der ursprünglichen Kosten der Datenerhebung.

Ein Beispiel ist hier die Stadt Augsburg, die dem "Open Street Map"-Projekt die vorhandenen Straßenkarten der Gemeinde zur Verfügung gestellt hat. Firmen wiederum bauen auf dem freien, aufbereiteten Kartenmaterial von "Open Street Map" ihrerseits andere Mehrwertdienste auf.

Neben der permanenten Veröffentlichung des Haushaltes in Form von umfassenden PDF-Dateien, setzen sich die Lahn-Dill-Piraten für eine Visualisierung des Kreishaushaltes nach dem Vorbild des Offenen Bundeshaushaltes ein. Damit kann jeder Bürger sich sofort mit ein paar Klicks einen Überblick verschaffen und wird bei Bedarf oder Interesse mittels Links in die ausführlichen Daten der PDF-Dateien gelotst.

All diese Forderungen und Gedanken wollen wir in einer Informationsfreiheit- & Transparenzsatzung festzurren, damit Bürger ein Auskunftsrecht erhalten und der Verwaltung eine Transparenzpflicht auferlegt wird.

5. Datenschutz auf allen politischen Ebenen

Demokratie und Freiheit sind die Basis des Rechtsstaates. Beides braucht effektiven, ernsthaft umgesetzten Datenschutz. Daran muss Politik sich messen lassen - selbstverständlich auch auf kommunaler Ebene! Datenschutz ist Demokratieschutz. Dennoch spielt dieses Thema in der gesamten Politiklandschaft bislang eine völlig untergeordnete Rolle. Die Piratenpartei tritt in besonderem Maße für Datenschutz und Schutz der Privatsphäre der Bürger ein.

Die Erfassung von immer mehr Daten in fast allen Lebensbereichen der Bürger führt zu massiven Eingriffen in das tägliche Leben. Dabei werden viele Daten, die bereits erfasst sind, für sich genommen meist als ungefährlich wahrgenommen. Übersehen wird dabei, welche Folgen die Verknüpfung der Informationssysteme untereinander und die Zuordnung aller dort gesammelten Daten zu einer Person hat. Die immer leichter werdende automatisierte Verknüpfung einzelner, für sich genommen harmloser Daten verschiedener Verwaltungssysteme erlaubt die vollständige Durchleuchtung der Bürger. Der gemeinsame Schlüssel für diese Automatisierung der Verknüpfung wurde bereits eingeführt: Die neue, ab der Geburt lebenslang gültige Steuer-Identifikationsnummer - eine Personenkennziffer durch die Hintertür des Steuerrechts unter Umgehung des Datenschutzes. Die Möglichkeit zu Rasterfahndungen in verschiedenen Datensammlungen führt schnell zu einem Verzicht auf klassische Ermittlungen. Stattdessen werden Datenbanken darauf untersucht, wer wann von wo mit wem telefoniert, wer wem Geld überwiesen hat oder wohin eine Flugreise gebucht wurde. Der Computer entscheidet über Verdacht und Verdächtigung. Dies führt letztlich unausweichlich dazu, dass der Bürger seine Unschuld beweisen muss, weil eine Datensammlung ihn verdächtig macht. Ein Staat, der möglichst viele Daten über seine Bürger sammelt, unabhängig vom Vorliegen von Straftaten und Verdachtsgründen, misstraut seinen Bürgern und qualifiziert alle zu potenziellen Straftätern.

Wir sind der Meinung: Wir Bürger sind keine Täter - auch nicht potentiell! Die Unschuldsvermutung ist ein Menschenrecht und wird als solches durch das Grundgesetz im besonderen Maße geschützt. Dieses Grundrecht wird jedoch mit den angehäuften staatlichen Datensammlungen ausgehebelt und ad absurdum geführt.

Unsere Ziele sind:

- die Einführung eines kompetenten, gut besetzten Datenschutzbüros, welches verpflichtend in kommunale Projekte eingebunden wird;
- der beste Datenschutz: Datenvermeidung statt Erhebung;
- kürzest-mögliche Fristen für die Aufbewahrung zwingend notwendiger Daten;

- öffentliche, einfach zugängliche und klar verständliche Bereitstellung von Informationen darüber, wo die Kommunen welche Daten der Bürger speichern und wie sie diese Daten schützt;
- die Möglichkeit, einfach und kostenfrei Auskunft über die gespeicherten eigenen Daten im Kreis und seinen Kommunen;
- der Einsatz von Kontrollpersonal statt Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen und im öffentlichen Nahverkehr;
- der Stopp des freien Datenverkaufs im Einwohnermeldewesen ohne Genehmigung der Bürger. Ein Verkauf dieser Daten durch die Einwohnermeldeämter darf nur erfolgen, wenn der betroffene Bürger davon Kenntnis erhält und dies genehmigt.

6. Breitbandausbau

Das 21. Jahrhundert ist geprägt durch das Internet. Seit dem Buchdruck ist das weltweite Netzwerk die bedeutendste informationelle Erfindung. Jedem ist es dadurch möglich, eigene Inhalte weltweit zu publizieren, was bisher den Kirchen, dem Staat, den Verlagen und den Medienkonzernen vorbehalten war. Außerdem sind viele gesellschaftliche Bereiche ohne das Internet nur noch schwer vorstellbar, dies gilt für Bürger und Firmen gleichermaßen. Beispielhaft seien hier nur E-Mails, Online-Einkäufe, Bewerbungen, Wohnungssuche, Bildung, Kultur, Spiele, soziale Netzwerke, aber auch Politik und Informationen zu Wahlen genannt. Die gesamte digitale Beteiligung, gerade am interaktiven so genannten Web 2.0, ist allerdings erst mit "Flatrates" und schnellen Internetzugängen im vollen Umfang nutzbar. In der Arbeitswelt ergeben sich durch Breitband-Anschlüsse neue familiäre und ökologische Perspektiven durch die nun realisierbare Telearbeit von zu Hause.

Firmen haben beim Breitbandausbau allerdings höhere Anforderungen an ihre Internet-Zugänge. Diese müssen in beide Richtungen, für das Empfangen und das Senden, ausreichend schnell sein, insbesondere für den Austausch großer Datenmengen, E-Mail-Verkehr, Telefonkonferenzen bis hin zur Telearbeit und Anbindung von freien Mitarbeitern. Fehlende Breitband-Zugänge hingegen werden für Städte und Gemeinden zum Standort-Nachteil, den es zu beheben gilt. Die Lahn-Dill-Piraten lehnen pauschale Forderungen nach definierten Geschwindigkeiten und Technologien beim Breitbandausbau ab. Versorgungslücken müssen geschlossen werden, im städtischen Raum wie auch auf dem Land. Bürger und Firmen müssen ein großes Angebot im Wettbewerb vorfinden. Die Lahn-Dill-Piraten fordern und fördern kreative Lösungen, sowohl von Firmen als auch von Gemeinden und Einzelpersonen.

Als erster Schritt in die richtige Richtung ist ein europäisches Markterkundungsverfahren einzuleiten, um ein Marktversagen nachzuweisen. Erst danach darf die öffentliche Hand - aufgrund von gesetzlichen Regelungen - geschäftlich tätig werden, um eine Breitbandversorgung nach dem Modell der Landkreise Odenwald oder Main-Kinzig anzugehen. Wünschenswert ist dabei auch eine Beteiligung der Bürger zum Beispiel in Form einer Bürgergesellschaft als modernes Pendant einer Genossenschaft.

7. Offene Standards und quelloffene Software

Informationen über öffentliche Angelegenheiten müssen frei verfügbar und ihr Austausch barrierefrei möglich sein. Daher setzen sich die Lahn-Dill-Piraten für die Verwendung von offenen Standards ein - sowohl in Kommunikation mit den Bürgern als auch verwaltungsintern. Wie aktuelle Projekte z.B. in München, Wien und Schwäbisch Hall zeigen, lassen sich durch den Einsatz quelloffener Software und offener Standards im Verwaltungsbereich Kosteneinsparungen erzielen. Quelloffene Software und offene Standards fördern den Wettbewerb unter den Software- und Servicelieferanten der Verwaltung. Die Verwaltung befreit sich aus ihrer Abhängigkeit von Lieferanten geschlossener Systeme. Diese Anbieter bestimmen beispielsweise die Aktualisierungszyklen für die Software, die ihre Kunden einhalten müssen, um das Zusammenwirken ihrer Produkte weiter sicherstellen zu können. Die Kommunikation mit dem Bürger hat daher in offenen Formaten zu erfolgen.

Innerhalb der Verwaltung soll die Kommunikation ebenfalls offene Standards nutzen, sofern dem keine schwerwiegenden Hindernisse entgegenstehen. Unter offenen Standards verstehen wir Datenformate, deren Spezifikationen frei zugänglich sind, die keinen Zwang zur Verwendung von kommerziellen Anwendungen mit sich bringen und eine freie Wahl der Programme ermöglichen.

Quelloffene und Freie Software kann ein Mittel sein, Lizenzkosten zu sparen und Unabhängigkeit von Anbietern und Systemsoftware zu erreichen. Mit ihr können bereits vorhandene quelloffene Projekte weiterentwickelt und eigenen Bedürfnissen angepasst werden. Die Neu- und Weiterentwicklung in Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungen wird lizenztechnisch vereinfacht. Die Betreuung kann von verschiedenen Anbietern durchgeführt werden. Daher werden die Lahn-Dill-Piraten, soweit möglich und sinnvoll, auf die Verwendung quelloffener Software setzen. Im computergestützten Unterricht müssen verschiedene Softwarelösungen auswählbar sein. Dabei soll sowohl freie als auch proprietäre Software mit ihren Vor- und Nachteilen betrachtet werden.

8. Bildung

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentrales Thema junger Familien und einer modernen und aufgeschlossenen Gesellschaft. Die zunehmende Erwerbstätigkeit von Eltern bedarf einer angepassten, hochwertigen und kostengünstigen bis kostenlosen Kinderbetreuung bereits ab dem Kleinkindalter. Auch ein von vielen Eltern gewünschter schneller Wiedereinstieg in den Beruf nach der Geburt von Kindern weckt einen immer größer werdenden Betreuungsbedarf für Kinder unter drei Jahren. Der ab 2013 geltende Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für unter dreijährige Kinder ist für alle Städte und Gemeinden im Lahn-Dill-Kreis eine finanzielle Herausforderung. Die Lahn-Dill-Piraten setzen sich dafür ein, den derzeitigen Standard in der Kinderbetreuung im Lahn-Dill-Kreis nicht zu reduzieren sondern kontinuierlich auszubauen, zu verbessern und dem tatsächlichen Bedarf anzupassen. Dabei muss darauf geachtet werden, ausreichend ausgebildete Pädagogen in den Kindertagesstätten einzusetzen, denn Bildung beginnt bereits im Kleinkindalter.

Die Finanzierung der Kinderbetreuung ist dabei ein entscheidender Faktor für die Umsetzung. Die Lahn-Dill-Piraten werden sich dafür einsetzen, dass die Kommunen bei der Kinderbetreuung hinreichend finanziell unterstützt werden. Dabei wird eine gerechte Aufteilung der vom Bund bereitgestellten Mittel unter allen Gemeinden angestrebt. Eine Prüfung von möglichen juristischen Schritten zur Durchsetzung der Finanzierung muss dazu vorangetrieben werden. Eine familienfreundliche Infrastruktur kostet Geld. Allerdings stärkt sie zugleich den Lahn-Dill-Kreis langfristig, weil sie den Zuzug von jungen Familien sowie diesen folgend Unternehmen fördert. Die ganzheitliche Kinderbetreuung setzt sich auch in der Schule fort. Mit Hilfe von Nachmittagsbetreuungsangeboten und der Verpflichtung zum Ausbau bzw. zur Einrichtung von Ganztagsangeboten bis in die Sekundarstufe 1 an jeder Schule werden sich die Lahn-Dill-Piraten dafür einsetzen, dass die Schüler unabhängig von ihrer sozialen Herkunft erfolgreich für ihr Leben lernen können.

Die Vereinbarkeit von Schule mit Freizeit- und Vereinssport müssen gewährleistet werden. Das Ganztagsangebot hat dabei auch eine kostengünstige warme Mahlzeit für alle Schüler zu umfassen. Zudem setzen sich die Lahn-Dill-Piraten für die Unterstützung der Schulfördervereine sowie eine Programmerweiterung der Volkshochschulen im Bereich Medienkompetenz, Umgang mit Internet in der Familie und Privatsphäre ein.

8. Public-Private Partnership

Dieses Konzept lehnen wir Lahn-Dill-Piraten auch in Zeiten knapper Haushaltskassen als unkalkulierbares Abenteuer definitiv ab. Fast alle bisherigen Projekte dieser Art haben kein gutes Ende mit den öffentlichen Geldern im Sinne der Bürger genommen.

9. Energiewende

Die Piratenpartei will eine langfristig sichere und umweltschonende Energie-Infrastruktur umsetzen. Dies bedeutet eine Umstellung von endlichen Energieträgern auf regenerative Energiequellen. Regenerative Energieträger sollen dabei nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit genutzt werden und nicht in Konkurrenz zu anderen Umweltzielen stehen. Außerdem wollen wir eine transparente und dezentralisierte Erzeugerstruktur. Nur so kann eine Partizipation jedes Bürgers erreicht und Monopolstellungen verhindert werden. Die Lahn-Dill-Piraten haben daher eine autarke Energieversorgung der Städte und Gemeinden zum Ziel.

Dazu muss die kommunale Energieversorgung langfristig aus eigenen Anlagen erfolgen, um sich dem derzeitigen Würgegriff der Energiekonzerne zu entziehen. Wir wollen hierzu kommunale, eigenwirtschaftliche Gesellschaften bilden, an denen sich jeder Bürger beteiligen kann. Diese Energieversorger werden wir beim Kauf regionaler Stromnetze im Lahn-Dill-Kreis unterstützen. Kurzfristig sind Blockheizkraftwerke mit dem Ziel der Stromversorgung und Fernheizung zu errichten. Ziel der Lahn-Dill-Piraten ist es dabei, Technologien einzusetzen, die eine kostengünstige Umstellung auf erneuerbare Energieträger vereinfachen. Langfristig wollen wir einen Mix aus regenerativen Energieträgern, der auf Photovoltaik, Windkraft, Biomasse und Wasserkraft basiert. Zur Nutzung von Biomasse wird die Unterstützung der örtlichen Landwirte benötigt. Die Gülle aus der Massenviehhaltung ist dabei der Strom- und Wärmeherzeugung zuzuführen. Gase aus der Abwasseraufbereitung sind ebenso der Strom- und Wärmeherzeugung zuzuführen. Den Einsatz von nachwachsenden Energieträgern mit negativer Energiebilanz lehnen die Lahn-Dill-Piraten ab. Bei der Nutzung von Erdwärme wird die Piratenpartei darauf achten, dass örtliche geologische Beschaffenheiten des Untergrunds nicht zum Schaden der Bürger führt.

Um das regenerative Potential des Lahn-Dill-Kreises nutzbar zu machen, setzen wir uns für das Durchführen der Potentialanalyse "Erneuerbar komm!" der FH Frankfurt ein, wie sie auch schon in den Landkreisen Marburg-Biedenkopf und Main-Kinzig erfolgt ist.

Den Hauptargumenten der mangelnden Speicherbarkeit und der Unzuverlässigkeit der regenerativen Energieerzeugung stehen innovative Konzepte wie Windgas oder Schwungräder entgegen. In sonnen- oder windstarken Zeiten fällt der Strompreis an der Energiebörse Leipzig wegen Überproduktion und die regenerativen Quellen werden vom Netz genommen. Diese überschüssige Energie kann man zur Erzeugung von Wasserstoff und/oder Methan nutzen. Mit dem Wasserstoff lassen sich Busse, Blockheizkraftwerke, USVs, etc. auf Basis von Brennstoffzellen betreiben. Das Methan kann ins Erdgasnetz geleitet werden, um es Nachts oder bei Flaute in Gaskraftwerken wieder in Strom zu wandeln. Ohne diesen Umweg lassen sich Schwungräder nutzen, um die Energie zu einem späteren Zeitpunkt wieder in Strom zu wandeln.

Dieses Beispiel zeigt, dass es also nicht an Lösungen, sondern nur an der konkreten Umsetzung der Energiewende zum Wohle der Bürger, der Umwelt und der lokalen Wirtschaft mangelt.

10. Gesellschaft

• Integration und Förderung der Gemeinschaft

Die Lahn-Dill-Piraten streben ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Zusammenleben aller im Lahn-Dill-Kreis lebenden Menschen an und möchten deshalb die Integration ausländischer Mitmenschen weiter stärken. In unserem Landkreis leben viele Menschen ausländischer Herkunft, deshalb ist für uns ein von gegenseitigem Respekt und Toleranz geprägtes Zusammenleben essentiell. Jeder Bürger, unabhängig von Staats- oder Religionszugehörigkeit, muss die Möglichkeit haben, frei, unkontrolliert und selbstbestimmt zu leben. Dies gilt es zu fördern und zu unterstützen. Wir Lahn-Dill-Piraten werden deshalb eng mit dem Kreisausländerbeirat zusammenarbeiten und auch den Kontakt zu anderen Organisationen suchen um die vorhandenen Integrationsprojekte und Kulturfeste weiter auszubauen und zu fördern.

• Förderung von gemeindeübergreifender Zusammenarbeit

Die Lahn-Dill-Piraten setzen sich im Lahn-Dill-Kreis für eine starke Förderung gemeindeübergreifender Zusammenarbeit ein. Durch frühzeitige Absprachen der Gemeinden, beispielsweise durch gemeinsame Ausschreibungen, lassen sich hohe Einsparungen erzielen und durch gemeinsame Aktivitäten die Identifikation der Bürger mit dem Kreis stärken. Durch eine Kooperation beispielsweise im Bereich der Müllentsorgung, der Stadtwerke oder auch durch Einrichtungen einer gemeinsamen Mehrzweckhalle für Kultur- und Sportveranstaltungen haben die Kommunen die Möglichkeit, sich voll auf die kommunale Arbeit konzentrieren. Zugleich werden die ohnehin leeren Kassen geschont. Aus diesem Grund setzen sich die Lahn-Dill-Piraten explizit für die Förderung und Stärkung der Vernetzung der einzelnen Gemeinden im Lahn-Dill-Kreis ein.

• Kultur in der modernen Gesellschaft, Jugendarbeit und Sport

Die Lahn-Dill-Piraten setzen sich für einen Ausbau der Freizeit- und Sportmöglichkeiten für Jugendliche und jung gebliebene Erwachsene ein. Wir schätzen die wertvolle Arbeit der Sportvereine und Jugendzentren der einzelnen Gemeinden. Doch auch abseits dieser gibt es zahlreiche ungenutzte oder nur unzureichend ausgebaute und gepflegte Plätze, an denen sich Jugendliche für gemeinschaftliche Aktivitäten treffen können. Daher setzen sich die Lahn-Dill-Piraten für einen weiteren Ausbau der Jugendarbeit in allen Altersbereichen ein und fordern die Schaffung neuer sowie die Pflege und Erweiterung bestehender Freizeitanlagen, wie sie teils schon im Bereich von Dorf- oder Festplätzen existieren.

Daneben bietet der Kreis mit dem Lahntal und den vielen Naturerholungsgebieten noch zahlreiche weitere ungenutzte Möglichkeiten zur sportlichen Freizeitgestaltung. Dies sollte der Lahn-Dill-Kreis dazu nutzen, sich durch eine hohe Toleranz gegenüber Nischensportarten von anderen Kreisen abzusetzen, nicht zuletzt, um hierdurch den Tourismus zu fördern. Die Lahn-Dill-Piraten setzen sich für den Ausbau und die Erhaltung bestehender Rad- und Wanderwege sowie einen toleranten Umgang zwischen Radfahrern und Wanderern ein und streben die Schaffung neuer Möglichkeiten, z.B. durch ausgewiesene Mountainbikestrecken oder Dirtsports sowie die Erhaltung der Lahn als Freizeitparadies für Angler, Kanu- und Kajakfahrer, Naturfreunde und Sportler, ein. Einen wichtigen Teil der modernen Jugendkultur stellen Computer und Internet mit Teilbereichen wie Chaträumen, sozialen Netzwerken, Computerspielen und LAN-Partys dar. Allerdings haben auch legale Graffiti, vielseitige sportliche Tätigkeiten - wie z.B. Skateparks - und Musik einen hohen Stellenwert in der modernen Gesellschaft. Die Lahn-Dill-Piraten wollen diese Aspekte der Jugendkultur stärker fördern. Unser Ziel ist die Nutzung öffentlicher Räume und Flächen, die bereits für kulturelle Veranstaltungen zur Verfügung stehen, auch für LAN-Partys, Graffiti und als Proberäume stärker als bisher zu ermöglichen.
